

Bremen klagt gegen Lang-Lkw

Senat lehnt Feldversuch ab

VON HELGE DICKAU

Bremen. Das Land Bremen wird gegen den Feldversuch mit Lang-Lastwagen klagen. Der Senat hat gestern beschlossen, sich der Verfassungsklage von Schleswig-Holstein und Baden-Württemberg anzuschließen.

Dem Senatsbeschluss war vorausgegangen, dass das Bundesverkehrsministerium mehr als 60 weitere Strecken für den Feldversuch mit überlangen Lastwagen freigegeben hatte, darunter auch Teilstrecken auf Bremer Gebiet. Bremen hatte sich immer gegen den Einsatz sogenannter Giga-Liner gewehrt, unter anderem wegen Sicherheitsbedenken. Entsprechend kritisch reagierte Verkehrssenator Lohse (Grüne) auf die Freigabe Bremer Autobahnen am 14. Februar. „Der Bund hat den Feldversuch gestartet, ohne die Zustimmung der Länder im Bundesrat einzuholen“, so Lohse. „Das ist verfassungsrechtlich nicht in Ordnung.“ Allerdings hatte Lohse auf die Freigabe hin dem Antrag der Firma Kühne und Nagel stattgegeben, die Strecke bis zum Güterverkehrszentrum mit Lang-Lkw befahren zu wollen.

Heiko Strohmann, der verkehrspolitische Sprecher der CDU, wirft dem Senat vor, mit der Wirtschaft „auf Kriegsfuß“ zu stehen. Die Verfassungsklage liege nicht im Interesse der Logistikbranche und sei „einzig und allein ideologisch geleitet“.

Lang-Lastwagen sind 25,25 Meter lang und damit 6,50 Meter länger als sonst zulässig. Der Feldversuch ist Teil eines Aktionsplans, fünf Jahre lang dürfen die Gespanne auf ausgewählten Strecken fahren. Die Bundesregierung verspricht sich davon eine Stärkung des Güterverkehrs.